

5. Europa braucht ein #EUUpgrade

Angestoßen durch David Cameron und das EU-Referendum im Vereinigten Königreich ist es mehr denn je an der Zeit, Europas Zustand zu überprüfen.

DIE JUNGEN UNTERNEHMER sind der Überzeugung, dass der bisherige one-size-fits-all-Ansatz der europäischen Integration am Ende ist. Die tief verwurzelten Unterschiede in der EU sind nicht mit einer stärkeren Harmonisierung und Zentralisierung zu lösen. Eine pauschale Vertiefung der Integration ist nicht die Lösung der aktuellen Herausforderungen. Eine überall immer engere Union ist sicherlich auch die falsche Reaktion auf die rasant schwindende Zustimmung in der Bevölkerung zur EU.

Europa hat seit dem Ausbruch der Finanz- und Eurokrise den Krisenmodus nicht mehr verlassen. Themen wie Russland- oder Flüchtlingskrise sind seitdem hinzugekommen. Beschäftigt mit kurzatmigen Lösungsversuchen befindet sich die EU seitdem in einem Zustand dauerhafter politischer Lähmung. Ohne ein Umlenken ist der Zerfall der EU nur eine Frage der Zeit. Der Austritt des Vereinigten Königreichs wäre ein gravierender Schritt in diese Richtung.

DIE JUNGEN UNTERNEHMER glauben aber, dass die Krise Europas überwunden werden kann, wenn das Zusammenspiel der EU-Mitgliedstaaten auf ein anderes Niveau gebracht würde. Dabei wäre eine noch tiefere Integration oder mehr Zentralisierung kontraproduktiv. Wir fordern deshalb: **Europa braucht ein EU-Upgrade!**

Die wichtigsten Eckpunkte sind:

- Demokratische Brücke zu den Bürgern bauen: Nationale Parlamente eng mit dem Europäischen Parlament verzahnen. Digitalisierungspotential nutzen.
- Keine Angst vor dem informierten Bürger: Komplexe Themen erklären und über die Medien von heute verbreiten.
- Einfache Regeln formulieren und diese auch einhalten.
- Eigenverantwortung der Mitgliedstaaten stärken.

- Vielfalt ist ein Vorteil: Flexible Integration statt Gleichmacherei.
- Bei wichtigen Themen brauchen wir ein Europa der Clubs.

Demokratische Brücke zu den Bürgern bauen

Die Ablehnung der EU ist in vielen Mitgliedstaaten in jüngster Zeit deutlich angestiegen. Radikale Parteien gegensätzlicher politischer Flügel haben die Haltung gegen die EU und gegen europäische Projekte für sich genutzt und die Stimmung entsprechend angefacht. Schon sehr viel länger scheint das Interesse der Bürger an der EU abzunehmen. So hat sich beispielsweise seit Einführung der Wahlen zum Europaparlament 1979 die Beteiligung von 62 Prozent von Wahl zu Wahl verringert. Der Tiefpunkt wurde mit 42,6 Prozent bei der letzten Wahl in 2014 erreicht. Im Vergleich dazu ist die Beteiligung bei nationalen Wahlen im europäischen Durchschnitt 25 Prozentpunkte höher.

Die EU wird von vielen als weitentfernte Institution wahrgenommen, auf deren Entscheidungen die Bürger keinen Einfluss haben. Diesen Eindruck nähren nationale Politiker, die sich bei vielen Themen als fremdgesteuert durch die EU darstellen.

Die meisten Bürger fühlen sich zudem überfordert, wenn es um die Aufgaben- und Machtverteilung zwischen Europaparlament, Europäischer Kommission und dem Europäischen Rat und deren Verhältnis zu den nationalen Parlamenten geht. Dementsprechend verstehen viele Menschen nicht, wie ihre Interessen durch die Abgeordneten des Europaparlaments repräsentiert werden.

Sicherlich ist über einen längeren Zeitraum ein Bild von Brüssel bzw. der EU entstanden, das eine Mischung aus Vorurteilen und berechtigter Kritik ist. Wir wollen, dass die EU wieder in einem positiven Licht erscheint. Dazu braucht es grundlegende Reformen. Ein wichtiger Aspekt ist dabei, die demokratische Lücke zwischen den Bürgern und der EU zu schließen. Ein erster Schritt im bestehenden Institutionengefüge ist eine stärker verpflichtende Verzahnung der nationalen Parlamente mit der Europäischen Ebene.

Themen, die auf der europäischen Ebene diskutiert werden, müssen schneller und umfangreicher in den nationalen Parlamenten wahrgenommen werden. So erhöht sich die Wahrscheinlichkeit, dass von den nationalen Abgeordneten entlang der unterschiedlichen Parteipositionierung ein öffentlicher Diskurs angestoßen wird. Dies geschieht durch Europaparlamentarier nur äußerst selten, auch aufgrund der vorherrschenden Allianz der sozialistischen und konservativen Parteien im Europäischen Parlament – also einer Art übergroßer Koalition. Eine engere Zusammenarbeit könnte dadurch sichergestellt werden, dass die Ausschussvorsitzenden der nationalen Parlamente erstens regelmäßig an wichtigen Sitzungen der Spiegelausschüsse im Europaparlament teilnehmen müssen. Entsprechend müsste eine regelmäßige Berichterstattung aus den europäischen Ausschüssen für die nationalen Gremien vorgeschrieben werden. Auch könnte den Europaparlamentariern eine Berichterstattung in die nationalen Parlamente auferlegt werden.

Bei der besseren Vernetzung der Parlamente müssen die Möglichkeiten der Digitalisierung noch viel besser genutzt werden. Anstatt weiterhin den Reisezirkus zwischen Brüssel und Straßburg zu veranstalten, könnte das EU Parlament auf die verbindliche digitale Aufschaltung der nationalen Ausschussvorsitzenden drängen oder vice versa digitale Fragestunden für nationale Abgeordnete bei Europäischen Parlamentariern einrichten.

Um eine breite Akzeptanz in der Bevölkerung für Europäische Entscheidungen zu bekommen, sollten die nationalen Parlamente eine besser zugängliche Vetomöglichkeit als bisher erhalten. Die Idee, dass eine definierte Anzahl von nationalen Parlamenten sich gegen ein europäisches Vorhaben durch eine rote Karte aussprechen können muss, wurde übrigens von Großbritannien in die Reformdebatte eingebracht.

Wie schwierig eine stärkere demokratische Rückkopplung europäischer Themen durch mehr Direktdemokratie ist, hat jüngst das nicht bindende und im Ergebnis ablehnende Referendum in den Niederlanden zum EU-Ukraine Assoziationsabkommen gezeigt. Erstens stieß es auf eine sehr geringe, aber hinreichende Wahlbeteiligung und

wurde zweitens völlig losgelöst vom Kontext von anti-europäischen Kräften zu einer Abrechnung mit der Europäischen Union als Ganzes umgedeutet.

Wir plädieren deshalb für eine stärkere Einbeziehung der nationalen Parlamente in die europäischen Entscheidungsprozesse, um dem europäischen Demokratiedefizit zu begegnen.

Keine Angst vor dem informierten Bürger

Um die Zustimmung zur Europäischen Union zu erhöhen, muss die Europäische Ebene, also Parlament, Kommission und Rat ihre Kommunikation mit den Bürgern erheblich verbessern.

Glyphosat-Zulassung, grenzüberschreitender Umsatzsteuerbetrug oder Bankenregulierung: Europa befasst sich mit komplexen Themen, die zwar jeden Bürger indirekt etwas angehen, ihn aber in seinem täglichen Leben nicht direkt betreffen.

Umso mehr muss es die Aufgabe der Europäischen Politik sein, Komplexität zu reduzieren und Themen zu erklären. Die Menschen müssen in ihrer Sprache nachvollziehen, warum sich die EU mit einem Thema befasst und welche Entscheidungen zu treffen sind. Eine nur von Experten zu entschlüsselnde Gesetzgebung führt zu Misstrauen und Verschwörungstheorien.

Ein ambivalentes Beispiel liefert die Kommunikation der EU Kommission zum transatlantischen Freihandelsabkommen TTIP: Die anfänglich defensive und viel zu knappe Informationspolitik hat extrem zur ablehnenden Haltung vieler Deutscher geführt. In diesem Fall hat die EU-Kommission aus ihren Fehlern gelernt und ein verständliches und umfangreiches Informationsangebot geschaffen. Dieser Ansatz muss entlang einer Folgenabschätzung bei allen wichtigen Themen von Anfang an beherzigt werden. Auch auf diesem Gebiet muss die EU die Chancen der Digitalisierung noch besser für sich nutzen. Veränderte Mediennutzung erfordert ein Umdenken bei den Verantwortlichen. Anstelle schädlicher Agrarsubventionen braucht es Informationskampagnen über Kanäle, die die Menschen erreichen.

Einfache Regeln formulieren und einhalten

Nicht nur gegenüber den Bürgern ist eine klare Kommunikation wichtig, sondern auch gegenüber den politischen Verantwortlichen auf der nationalen Ebene. In vielen Bereichen herrscht ein Dickicht von Regeln und Vorschriften, das nur noch von wenigen Insidern überblickt wird. Je komplexer jedoch die Vorgaben der europäischen Ebene ausfallen, desto höher ist die Wahrscheinlichkeit, dass es nicht zu einer korrekten Umsetzung in allen 28 Mitgliedstaaten kommt.

Werden die Regeln von keinem Land oder nur von einer kleinen Gruppe befolgt, kommt das Gefühl von Willkür auf. Der dauerhafte Regelbruch, der nicht geahndet wird, kostet unendlich viel Vertrauen bei den Bürgern. Mit Blick auf die EU greift dann schnell der gefährliche Gedanke „Die in Brüssel machen doch eh, was sie wollen“ um sich. Zwar besitzt die EU für Vertragsverstöße einzelner Länder ausgeklügelte Verfahren. Jedoch haben diese Mechanismen bei zentralen Themen versagt:

Die dauerhafte Missachtung zuvor vertraglich fixierter Vereinbarungen ist eine wesentliche Ursache für die aktuellen Krisen der EU. Hinter der Euro-Krise stecken 109 nicht zulässige Verstöße gegen die Maastricht-Kriterien (zwischen 1999 und 2014) sowie der anschließende katastrophale Verstoß gegen das Bail-Out-Verbot. Analog wurde lange vor dem Ausbruch der Flüchtlingskrise sehenden Auges die Missachtung der Vereinbarungen von Schengen und Dublin toleriert.

Damit Europa wieder eine Rechtsgemeinschaft wird, sollte es sich einfache Regeln geben und diese auch einhalten. Dort, wo die vereinbarte Sanktionierung durch politische Kungelei verhindert wird, müssen marktbasierende Strafen her. Beispielsweise würde kein Euro-Land sein strukturelles Haushaltsdefizit die 3 Prozent-Marke übersteigen lassen, wenn seine Staatspapiere automatisch bei diesem Regelbruch bei Finanzinstituten an Attraktivität verlieren, weil z.B. bei den Banken per Gesetz sofort eine höhere Kapitalunterlegung für entsprechende Staatspapiere fällig würde.

In Kapitel 3 haben wir die These ausgeführt, dass nicht zu wenig, sondern die falsche Regulierung Europa in Bedrängnis bringt. Die Forderung für einen EU-Upgrade lautet deshalb: Die EU muss einfache Regeln aufstellen und deren Einhaltung sicherstellen.

Eigenverantwortung der Mitglieder stärken

Seit Jahrzehnten geistern gut gemeinte Begriffe wie Subsidiarität durch die europäischen Vereinbarungen und Verträge, also die Lösung von Problemen auf der Ebene, die dafür am geeignetsten ist. Viel zu häufig waren es aber Lippenbekenntnisse, weil die dazu gehörigen Instrumente schlicht unbrauchbar sind oder auch von den Mitgliedstaaten nie mit Leben gefüllt worden sind. Zu nennen sind hier zum Beispiel die blutleere Subsidiaritätsprüfung oder die praxisuntaugliche Subsidiaritätsrüge der nationalen Parlamente.

Themen bei denen nicht ersichtlich ist, dass eine Regelung durch die EU effizienter ist, sollten auf der nationalen Ebene verbleiben. Politische Entscheidungsträger sind auf der nationalen oder auch regionalen Ebene näher an den Präferenzen der Bürger. Die Wirkung einer politischen Maßnahme ist umso schwieriger zu beurteilen, je weiter weg der verantwortliche Politiker ist. Der Wähler kann aber gesellschaftliche oder ökonomische Fehlentwicklungen nur dann mit seinem Wahlzettel ahnden, wenn er weiß, wer verantwortlich ist. Dies trifft für genuin europäische Entscheidungen längst nicht mehr zu, wie die abnehmende Wahlbeteiligung bei den Europawahlen unterstreicht.

Entscheidungen im Bereich des Staatshaushaltes und der Steuerpolitik können besonders große Effekte für die Bürger haben. Über die Gestaltung der Einnahmen und Ausgaben lassen sich sichtbare Zeichen und Schwerpunkte der politischen Agenda setzen. Ein im Rahmen der Euro-Krise immer wieder vorgeschlagener Entzug nationaler Haushaltsrechte im Euro-Raum und die Übertragung an die EU hätten verheerende Folgen. Nationale Parteien könnten zwar ihre zunehmend radikalisierten Vorschläge zur Wahl stellen, die eigentliche politische

Agenda würde aber durch die Budgetplanung der EU-Kommission vorgenommen. In der Folge könnten nationale Regierungen die Verantwortung für jede Fehlentwicklung auf die EU schieben. Ein in Griechenland fortlaufend zu beobachtendes Prozedere. Aus der Kompetenz-Verlagerung zugunsten der EU entstünde mehrfacher Schaden:

Erstens haben Extremisten leichtes Spiel, gegen die EU Stimmung zu machen. Zweitens wird die demokratische Akzeptanz nationaler Regierungen und der EU beschädigt und weiter zurückgehen.

Deshalb fordern wir die Eigenverantwortung der Mitgliedstaaten für ihre jeweiligen Schulden insbesondere im Haushaltsrecht zu stärken. Dies heißt nicht, dass im Euro-Raum auf Koordinierung oder Überwachung verzichtet werden könnte. Im Gegenteil müsste vor allem letztere weiter vorangebracht werden.

Heterogenität mit Flexibilität begegnen

Die Diskussion über den Brexit hat dazu geführt, dass gewohnte Mechanismen in der EU hinterfragt werden. Der Abschlussbericht des EU-Gipfels vom 19. Februar 2016 zu den Forderungen Großbritanniens stellt eindeutig fest, dass die Europäische Integration keinem Automatismus hin zu einer immer engeren Gemeinschaft folgt. Wenn die Staats- und Regierungschefs zusammen mit der EU-Kommission sich an diese Aussage halten, ergibt sich daraus mindestens ein Innehalten bei weiteren Vertiefungsplänen. Dies ist ein guter Ansatzpunkt für weitere Reformen. Die Logik hinter einer quasi unaufhaltsamen Vertiefung unterlag einer falschen Annahme. Die These, dass wirtschaftliche Konvergenz der Mitgliedstaaten, also Annäherung der wirtschaftlichen Verhältnisse, nur über Zentralisierung von Politikfeldern und einheitliche Lösungsansätze erreichbar ist, trifft nicht zu. Im Gegenteil wird an vielen Stellen offensichtlich, dass der politisch konstruierte Gleichschritt innerhalb der EU bei 28 Mitgliedern nicht funktioniert. Eine paneuropäische Einlagensicherung für Bankguthaben oder europaweite Frauenquoten sind nur zwei Beispiele für praxisuntaugliche Kopfgeburten.

Verschiedene Geschwindigkeiten und Integrationstiefen müssen möglich sein, um tatsächliche Aufholprozesse bei den Lebensverhältnissen anzustoßen und um die EU handlungsfähig zu halten.

Die Vielfalt Europas ist eine große Bereicherung, die die EU besser nutzen muss. Wir haben aufgrund unserer gesellschaftlichen und kulturellen Prägung in Europa sehr unterschiedliche Herangehensweisen an Aufgaben. Jeder, der schon einmal ein Projekt mit Vertretern aus mehreren europäischen Ländern realisiert hat, kennt diese Erfahrung. Es gibt nicht den einen Königsweg. Durch den Wettbewerb der Ideen und Lösungsansätze erreicht man gemeinsam in der Regel bessere Ergebnisse.

Übertragen auf die Europäische Union bedeutet dies, dass wir in vielen gesellschaftlichen Bereichen nationale Vielfalt nicht durch einen verpflichtenden Kleinsten Gemeinsamen Nenner von 28 Stakeholdern überwinden müssen. Vielfalt bedeutet in diesem Kontext abweichende politische Lösungen für gesellschaftlich sehr unterschiedlich ausgeprägte Herausforderungen. Hier geht das Versprechen von Kommissionspräsident Juncker in die richtige Richtung: Die EU soll sich nur um die großen Themen kümmern und viele Dinge (wieder) den Mitgliedstaaten überlassen.

In diesem Sinne wäre es ein Anfang, wenn die ursprüngliche Idee einer europäischen Richtlinie wieder belebt würde. Die EU gibt nach Abstimmung und im Rahmen ihrer Kompetenzen ein Ziel vor und überlässt den Weg der Zielerreichung wieder stärker den Mitgliedstaaten. Die große Herausforderung für die EU ist es dabei, den schmalen Grat zwischen europäischer Gleichmacherei auf der einen Seite und einem Flickenteppich aus nationalen Sonderwegen auf der anderen Seite zu finden. Hier sind pragmatische Ansätze gefragt, die eng zu evaluieren und dann gegebenenfalls zu justieren sind.

Ein Europa der Clubs

Kerngedanke unseres EU-Upgrades ist es, die Vorteile der europäischen Vielfalt durch ein Europa der Clubs institutionell zu sichern. Ein solcher Ansatz, der auch von Wissenschaftlern zu einer anderen Zeit in die Integrationsdebatte eingebracht wurde⁴, ist heute ein deutliches Stopp-Schild für die fortlaufend scheiternde Vertiefungslogik der europäischen Integration. Zusammenwachsen ist kein Selbstzweck, sondern sollte nur dort vorangetrieben werden, wo es thematisch passt.

Die Idee der Clubs setzt an den unterschiedlichen Geschwindigkeiten und Präferenzen an, die auf vielen Politikfeldern innerhalb der EU mit 28 Mitglieder bestehen. So sind zum Beispiel der Schengen-Raum oder der Euro-Raum die Zusammenschlüsse einiger EU-Mitgliedsländer bezogen auf ein bestimmtes Thema. Innerhalb des Clubs gelten themenspezifische Regeln, die entsprechend unserer Forderung leicht verständlich sind und deren Einhaltung somit gut überprüfbar ist.

Das System der Clubs soll so offen konstruiert sein, dass jedes EU-Land dann einem Club beitreten kann, wenn es die zu definierenden Clubkriterien erfüllt und die Einhaltung der Club-Regeln vertraglich zusichert. Club-Regeln sind so auszugestalten, dass kein EU-Land ohne Mitgliedschaft in diesem Themen-Club benachteiligt bzw. von den Club-Regeln beeinträchtigt wird.

David Cameron hat zum Beispiel gegenüber der Eurozone völlig zu Recht darauf gedrungen, dass eine strikte Trennung von Regeln für den Euro-Raum und den Nicht-Euro-Raum einzuhalten ist.

Unser Vorschlag zielt auf eine maximale Verbindlichkeit der Regeln ab und soll nicht als weiteres schwaches Kooperationsinstrument zwischen einigen Mitgliedstaaten verstanden werden. Aus verschiedenen Gründen hat sich der formale Ansatz der „Verstärkten Zusammenarbeit“ bisher als zu wenig praxistauglich herausgestellt. Eine Absenkung der Mindestanforderungen und eine starke Unterstützung der Europäischen Kommission wären Ansätze, um die „Verstärkte

Zusammenarbeit“ in die Richtung des Club-Modells weiter zu entwickeln.

Ein Europa der Clubs eignet sich, um den geschilderten Drang zur Regelmissachtung einzufangen. Je kleiner eine Gruppe, desto unwahrscheinlicher ist es, dass sich ein Mitglied unsozial verhält und auf Kosten der übrigen Mitglieder gegen die Regeln verstößt. Fehlverhalten wird in kleineren Gruppen seltener und wenn nur für kurze Zeit toleriert. Auch fällt in kleineren bzw. auf ein Thema fokussierten Gruppen die Kontrolle der Regeln leichter. Entscheidend ist, dass die Regelüberwachung nicht dem politischen Prozess überlassen werden darf und eine Regelmissachtung zum Clubaustritt führt. Die politischen und ökonomischen Konsequenzen eines Austritts wären überschaubar, weil das austretende Land natürlich in der EU verbliebe. Selbstverständlich würde es sich nicht nur um einen freiwilligen Austritt sondern um einen automatischen Ausschluss handeln.

In einem Europa der Clubs würde die Tolerierung von Regelbrüchen, von denen oft behauptet wird, sie wären wegen Systemrelevanz oder angeblicher Dominoeffekte unvermeidlich, der Vergangenheit angehören. Wesentlich unproblematischer wäre dann auch der Wiedereintritt in den Club zu regeln.

Sicherlich sollte es in der Startphase eine Liste der wichtigsten Themen geben, die über das Club-Modell geregelt werden. Zu einem Thema könnte es verschiedene Clubs mit unterschiedlicher Regulierungsintensität geben, zu Beginn keinesfalls mehr als zwei. So könnte ein Land, das an Datenaustausch interessiert ist, entweder einem Daten-Club A oder B mit unterschiedlichen Regulierungsniveaus beitreten oder sich weiterhin für Nicht-Kooperation entscheiden.

Die Koordination der Clubs untereinander und seiner Mitglieder könnte der EU-Kommission übertragen werden. Weil die Kommission in der Vergangenheit als Hüterin der Verträge an entscheidenden Stellen versagt hat, könnte sie sich bei dieser neuen Aufgabe beweisen. Die Kommission würde zu einer Service-Organisation der Clubs weiterentwickelt, die die rechtliche und organisatorische Zusammenarbeit von Club-Mitgliedern und Nicht-Mitgliedern sicherstellen würde. Die

so anfallende organisatorische Mehrarbeit soll durch die drastische Reduzierung der Regulierungsdichte ermöglicht werden. Weniger Themen ergeben sich automatisch durch weniger EU-Kommissare und Generaldirektionen. Jeder Club braucht einen fairen Abstimmungsmodus, der je nach Thema auch die Einbeziehung des ökonomischen Gewichtes eines Clubmitgliedes berücksichtigen sollte.

Bei der Idee der Clubs geht es nicht per se um mehr oder weniger Europa. Clubs sollen bei Themen entstehen, bei denen erstens einige Länder an einem gemeinsamen Fortkommen dadurch gehindert werden, dass sich für ihre Position nicht ausreichend Verbündete finden. Hier sind zum Beispiel ein Binnenmarkt für Energie oder eine Konkretisierung der gemeinsamen Sicherheitspolitik zum Beispiel bei der Terrorabwehr zu nennen. Zweitens sollten Clubs auf Politikfeldern entstehen, in denen aufgrund der strukturellen Mehrheitsverhältnisse bisherige europäische Regulierungen versagt haben. Dort, wo man über den Kompromiss nicht zu befriedigenden Ergebnissen kommt, darf Europa nicht enden. Zwar ist der Kompromiss ein konstitutives Merkmal der Demokratie. Es ist aber gerade vor dem Hintergrund der geschilderten Radikalisierung in vielen EU-Ländern aus unserer Sicht gefährlich, wenn im Kompromiss der 28 Länder nichts konkret geregelt wird bzw. es jedem Land recht gemacht werden soll. Der Kleinste Gemeinsame europäische Nenner garantiert angesichts der beschriebenen Heterogenität der 28 Mitgliedstaaten keine überzeugenden Lösungen mehr. Das Europa der Clubs soll hier Abhilfe schaffen und die EU wieder zukunftsfähig machen.

Wie wir zu einem Europa der Clubs kommen, ist dabei zweitrangig. Sicherlich würde eine Änderung der Europäischen Verträge, zum Beispiel im Nachgang des Referendums in Großbritannien, die größtmögliche formale Sicherheit gewährleisten. Sie ist aber auch die größte Hürde, da sie Einstimmigkeit und mitgliedstaatliche Ratifizierungsprozesse bedingen würde. Genauso gut kann der Impuls zu einem Europa der Clubs von einigen handlungswilligen Ländern ausgehen. Deutschland hätte hier eine besondere Verantwortung. So wie einst der Schengen-Raum außerhalb des europäischen Regelwerkes

vereinbart und erst später in die EU integriert wurde, müssen gute Ideen jetzt grenzüberschreitend angepackt werden. Es ist höchste Zeit, die Ärmel hochzukrempeln für ein EU-Upgrade!

Ein solches EU-Upgrade in Form von themenbezogenen, unterschiedlich besetzten Clubs wäre für unsere Generation eine attraktive Möglichkeit, die Erosion der EU zu verhindern. Wir wollen nicht, dass ein gelähmtes Europa von Protektionisten und Nationalisten zerlegt wird. Unsere Generation wird für ein attraktives Europa kämpfen müssen.

Endnoten

- ¹ https://ec.europa.eu/priorities/sites/beta-political/files/5-presidents-report_de_0.pdf (Seite 12)
- ² Aufgrund der kaum abschätzbaren dynamischen Effekte eines Austritts des Vereinigten Königreichs beschränken wir uns auf eine statische Betrachtung. (Seite 13)
- ³ Quelle Eurostat (Seite 24)
- ⁴ Siehe hierzu die Arbeiten von Bruno S. Frey oder Renate Ohr. (Seite 46)